



## politik+++mittelstand+++information Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

MIT - News · 4. Ausgabe 2010

# Konservatismus – nicht nur Haltung sondern Programm

„Die Union ist eine liberale, soziale und konservative Partei. Alle drei Elemente haben offiziell den gleichen Stellenwert. Aber was ist konservativ an der Politik der Union? Ist Konservatismus nur eine „Haltung“ oder auch ein inhaltliches Programm? Moderner Konservatismus ist durch drei Kernziele gekennzeichnet: Sicherung bürgerlicher Freiheiten, wertorientiertes Handeln und Reformfähigkeit von Institutionen.

### Freiheitssicherung als Ziel

Konrad Adenauer und Ludwig Erhard waren liberal-konservative Politiker. Nach den Erfahrungen mit linkem und rechtem Totalitarismus war die Sicherung bürgerlicher Freiheiten ihr zentrales Anliegen. Westbindung und soziale Marktwirtschaft waren ihr Programm. Im Verhältnis des Staates zur Wirtschaft dient die Ordnungspolitik, das heißt eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, der Sicherung der Wirtschaftsfreiheit. Im Sinne von Walter Eucken soll die wirtschaftspolitische Tätigkeit des Staates auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein, nicht auf die Lenkung des Wirtschaftsprozesses. Die Unabhängigkeit der Notenbank mit der Verpflichtung zur Geldwertstabilität ist ebenso ein Element der Ordnungspolitik, wie das Kartellgesetz, um die Marktmacht von Unternehmen zu begrenzen.

Wirtschaftspolitischen Interventionismus lehnen Konservative ab, weil er willkürlich ist und nachhaltiges Wirtschaften behindert. Dies gilt für Subventionen allgemein und für Hilfen an Unternehmen insbesondere.

Solche Maßnahmen verändern Wirtschaftsprozesse und verzerren den Wettbewerb, meistens zu Lasten des Mittelstandes. Nur in zwei Fällen sind prozesssteuernde Maßnahmen des Staates ordnungspolitisch denkbar: bei Wirtschaftskrisen aufgrund von Marktversagen und zum Ausgleich sozialer Ungleichgewichte. Solche Interventionen müssen aber marktkonform und subsidiär sein.

### Wertorientierung als Fundament

Für Konservative sind Werte und Prinzipien Grundlage jeder stabilen Ordnung. Insbesondere ist eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ohne einen bürgerlichen Wertekanon und den Respekt vor Institutionen und Normen nicht denkbar. Wertrelativismus, Indifferenz und Beliebigkeit sind keine tragende Grundlage für die soziale Marktwirtschaft (Röpke). Wertorientierung muss für Unternehmen und Regierung gleichermaßen gelten. Unternehmen haben bei ihren betriebswirtschaftlichen Entscheidungen auch deren gesellschaftliche Folgen zu berücksichtigen. Für die Soziale Marktwirtschaft kann deshalb nicht das Shareholder-Modell, sondern nur das Stakeholder-Modell maßgeblich sein.

Für die Regierung bedeutet Wertorientierung unter anderem, dass Reden und Handeln übereinstimmen müssen, weil ansonsten Vertrauen verloren geht. Wer ein einfaches Steuerrecht mit niedrigen Steuern verspricht, darf das Steuerrecht nicht mit neuen Steuern weiter verkomplizieren. Wer sich zur Sozialen Marktwirtschaft bekennt, darf die Sozialordnung nicht planwirtschaftlich gestalten, wie dies mit der



MIT-Bundesvorsitzender  
Dr. Josef Schlarmann

Gesundheitspolitik geschieht. Eine Gesamtordnung, deren Wirtschaft prinzipiell marktwirtschaftlich und deren Sozialordnung prinzipiell planwirtschaftlich gestaltet wird, ist nicht gleichgewichtsfähig (Biedenkopf).

### Reformfähigkeit als Voraussetzung

Konservative stehen bekanntlich für Maß und Mitte. Sie treten ein für Reformen, nicht für Stillstand oder Revolution. Moderne Konservative wissen, dass sich Bewährtes anpassen muss, um zu bleiben. Sie lehnen sowohl den Strukturkonservatismus, der am Status Quo festhält, als auch den Gesellschaftsplaner ab, der die Zukunft seinen Vorstellungen unterwerfen will.

MIT IN DEN MEDIEN

Fortsetzung von Seite 1

Es ist deshalb keine konservative Politik, wenn notwendige Sozialreformen im Sinne der Leipziger Parteitagebeschlüsse unterbleiben oder Infrastrukturprojekte, wie Stuttgart 21 kategorisch abgelehnt werden. Ebenso ist es keine konservative Politik, wenn die Regierung Energiepolitik über 40 Jahre mit vorgegebenem Ergebnis plant. Die DDR, die insgesamt nur 40 Jahre existiert hat, lag mit ihren 5-Jahres-Plänen regelmäßig daneben. Letztendlich geht es Konservativen um das richtige Verhältnis zwischen Bewahren und Verändern.

Konservative können deshalb einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung der Reformdebatte leisten. Mit ihren Anträgen zum Parteitag beantwortet die MIT in zentralen Politikfeldern wirtschaftliche, finanzpolitische und soziale Zukunftsfragen. Sie bieten den Rahmen einer konservativen Ordnungspolitik, der seine Kraft aus der Sozialen Marktwirtschaft bezieht. Konservatismus ist nicht lebensfern, sondern unser politischer Kompass, der sich konkret im Denken, Entscheiden und politischen Handeln widerspiegelt.“

## 16 Prozent auf alles



Steffen Bilger (MdB) aus Baden-Württemberg und Vorsitzender der MIT-Verkehrskommission

für das Hotelgewerbe, die einen neuen Wettlauf der Interessengruppen ausgelöst hat.

Mit einem einheitlichen Mehrwertsteuersatz würde diese Entwicklung gestoppt und endlich in einem ersten Bereich eine durchgreifende Steuervereinfachung erreicht. Durch die Abschaffung aller Ausnahmen würden 90 Prozent aller Produkte künftig geringer besteuert. Die Ablehnung des ermäßigten Steuersatzes ohne Ausnahmen ist der beste Weg, um Steuergerechtigkeit und Steuervereinfachung gleichzeitig zu erzielen. Das jetzige Mehrwertsteuersystem scheint nicht mehr reformfähig. Es ist steuersystematisch schlicht nicht mehr nachzuvollziehen, warum wird Tierfutter mit 7 Prozent besteuert, Kinderwindeln und Mineralwasser mit 19 Prozent. Auch verteilungspolitisch lässt sich eine Differenzierung der Umsatzsteuer nicht mehr rechtfertigen.

Eine Mehrwertsteuer-Reform ist überfällig. Steuergerechtigkeit, Bevölkerungs-Akzeptanz und Entbürokratisierung müssen bei der Diskussion sachliche Maßstäbe sein. Eine Reform des über 100-seitigen Ausnahmen-Katalogs wäre aber kaum gerecht möglich. Daher sollte entweder alles so belassen oder ein einheitlicher Satz aufkommensneutral bei 16 Prozent eingeführt werden. Denn der ermäßigte Mehrwertsteuersatz hat sich faktisch zu einer Branchensubvention entwickelt. Aktuelles Beispiel ist die Einführung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes

Es mangelt schlicht an Zielgenauigkeit. Dies bestätigt unter anderem auch der Bundesrechnungshof. Auch soziale Gründe einer Differenzierung fallen kaum ins Gewicht. Für eine Familie mit zwei Kindern würden sich im Falle eines einheitlichen Steuersatzes nach Berechnungen der Stiftung Marktwirtschaft nahezu keine Veränderungen ergeben: Es fallen gerade einmal Mehrausgaben von 0,1 Prozent an. Demgegenüber stehen ein wichtiger Impuls für die Binnenkonjunktur und ein Beitrag im Kampf gegen die Schwarzarbeit.

Schlarmann will Merkels Kampagnenstil aus dem Bundestagswahlkampf 2009 ein für allemal beerdigen, die "Wählereinschläferung mit dem Ziel, die Anhänger des politischen Gegners stärker als die eigenen Wähler vom Gang zur Wahlurne abzuhalten". Damit steht er in der Union bei Weitem nicht allein da. Schlarmann will das Elterngeld abschaffen, das Merkel als eine ihrer wichtigeren Errungenschaften betrachtet. Er ist strikt gegen die von Schwarz-Gelb geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen und will einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz von 16 Prozent. All das hat er in geschliffene Anträge verpackt, die nun alle über kurz oder lang in der Mülltonne landen sollen. – **Financial Times Deutschland am 4.11.2010**

Auch der Chef der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union, Josef Schlarmann, verlangte niedrigere Steuern. "Angesichts der Konjunkturerentwicklung, die dem Bund zusätzliche Steuereinnahmen verschafft, sind auch unter dem Ziel der Haushaltskonsolidierung Steuersenkungen möglich und notwendig", sagte Schlarmann unserer Zeitung. "Wahlversprechen müssen gehalten werden, um das Vertrauen der Wähler nicht zu verspielen", so der Mittelstandspolitiker. – **Rheinische Post vom 3.11.2010**

"Der Fachkräftemangel kann nicht mit Arbeitslosen oder älteren Arbeitnehmern beseitigt werden." Es müsse Zuwanderung geben. Wer das nicht wolle, müsse sich "für eine Anhebung der tariflichen Arbeitszeiten von deutlich über 40 Stunden bei entsprechendem Lohnausgleich stark machen", so Schlarmann. – **BILD vom 23.10.2010**

"Die Einkommenshürde von 66.000 Euro pro Jahr liegt viel zu hoch", sagte Josef Schlarmann, der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU. 66.000 Euro entsprächen einem Professorengelalt. Es könne aber nicht sein, dass nur Fachkräfte dieser Kategorie nach Deutschland kommen dürften. Mit Blick auf die Forderung des CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer, den Zuzug von Ausländern insbesondere aus muslimischen Ländern zu begrenzen, erklärte Schlarmann: "Was Herr Seehofer macht, kann nur irritieren." Er wolle den deutschen Arbeitsmarkt abschotten. "Ich halte das für falsch. Wir sind immer gut damit gefahren, uns nicht abzuschotten. Wenn wir von einer offenen Gesellschaft sprechen, dann müssen wir das auch ernst nehmen." – **Kölnner Stadtanzeiger vom 22.10.2010**

Demgegenüber plädiert die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Union (MIT) dafür, einen wichtigen Teil der anstehenden Pflegereform nur von den Versicherten bezahlen zu lassen. Der Wirtschaftsflügel der Union möchte auf dem Bundesparteitag der CDU im November in Karlsruhe erreichen, dass der Arbeitgeberbeitrag zur Pflegeversicherung eingefroren und eine "kleine Pflegeprämie" eingeführt wird. Sie soll verpflichtend oder freiwillig sein und die Leistungen der untersten Pflegestufe 1 abdecken. Diese Leistungen sollen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung ausgegliedert werden. Dementsprechend soll die Pflegeprämie nicht von den gesetzlichen Kassen, sondern nur von privaten Versicherungen angeboten werden - auch um das Geld dem Zugriff des Staates zu entziehen. "Wir fordern die Bundesregierung auf, umgehend eine Pflegereform anzugehen", sagte der Vizechef der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Jürgen Presser. Die Einführung kapitalgedeckter Elemente dürfe nicht noch länger aufgeschoben werden. – **Die WELT vom 07.10.2010**

## Kommunalisierung ist keine Antwort auf die Finanzkrise



Die Finanzkrise der vergangenen Jahre scheint heute für Vieles erhalten zu müssen. Nun wird sie benutzt, die Ausweitung von kommunalwirtschaftlicher Tätigkeit zu rechtfertigen. Mit dem Schlagwort „Rekommunalisierung“ wird suggeriert, dass Privatisierungen mit ursächlich an der Krise seien. Nun heißt es: Der Staat kann es besser. Entsorgungsbranche und Abwasserbereich werden plötzlich wieder von vielen kommunalen Würdenträgern als Daseinsvorsorge deklariert. Auch im Energiesektor sehen wir immer neue staatliche Finger im privaten Geschäft.

Dieses Rollback erfüllt uns mit großer Sorge. Die immer gleichen Argumente der Rekommunalisierer sind altbekannt, oft nur auf die aktuelle Wortwahl aufgehübscht. Mal wird gegen Oligopole argumentiert, mal gegen Gewinne in der Privatwirtschaft, mal gegen angeblich schlechtere Arbeitsbedingungen

und niedrigere Gehälter bei Privaten. Eher im Hintergrund, aber dort nicht weniger vehement, wird geworben, dass öffentliche Unternehmen ja die Mehrwertsteuer sparen. Nur Letzteres ist wahr.

Es sei erinnert, dass RWE, einer der vier Oligopolisten des deutschen Energiemarktes, selbst einmal ein Zusammenschluss von Stadtwerken war. Was wird verhindern, dass etwas ähnliches morgen passiert? Trianel steht schon als weiter Oligopolist in den Startlöchern. Die Übernahme der STEAG durch die Stadtwerke wird bereits diskutiert. Dramatisch mehr Wettbewerb zum Vorteil des Verbrauchers stelle ich mir anders vor. Dabei ist zum Beispiel Dezentralisierung der Energieproduktion keine Einbahnstraße in Richtung öffentliche Hand oder Großkonzerne. Es gibt auch Abzweige zu kleineren und mittleren Privaten oder zur Landwirtschaft. Die Botschaft lautet: Wenn ein Einbahnstraße in die Sackgasse führt, kommt man legal nicht wieder heraus.

Privatisierung hat in vielen Bereichen die Staatswirtschaft ersetzt und wettbewerbliche Dynamik gebracht. Nun gilt eine neue Marschroute: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan – der Mohr kann gehen. Ein Monopol ist nicht besser, sondern schlechter, wenn es durch die öffentliche Hand gebildet wird. Es bleibt eine massive Wettbewerbsverletzung, wenn ein Staatsunternehmen, zum Beispiel in der Entsorgung, ohne Mehrwertsteuer und private Unternehmen mit Mehrwertsteuer anbieten müssen.

Die Kommunen - selbst auf Steuern angewiesen - vermeiden die Mehrwertsteuer und können so leicht behaupten, nicht teurer als die Privaten zu sein. Die aktuelle Mehrwertsteuers Diskussion muss genutzt werden, um das zu beenden. Unternehmen im Eigentum der öffentlichen Hand haben kein Konkursrisiko. Am Ende steht der Steuerzahler doppelt für sie gerade. Erst bezahlt er hohe Gebühren, erhält eine wenig effiziente Leistung und später finanziert er eine Kapitalerhöhung aus Steuermitteln.

*Hartmut Schauerte, stellvertretender  
MIT-Bundesvorsitzender*

## Keine Einführung „Anonymisierter Bewerbungen“ in Deutschland



Seit diesem Herbst läuft ein Pilotprojekt der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Fünf Großunternehmen, darunter Procter & Gamble,

L'Oréal und die Deutsche Telekom testen ein Jahr lang die aus den USA stammende Praxis, Daten von Stellenbewerbern zu anonymisieren. Eingehende Bewerbungsunterlagen werden auf Jobfakten reduziert, persönliche Eigenschaften und Angaben zu Alter, Geschlecht, Familienstand, Nationalität sowie Namen werden gestrichen. Dies ist ein lebensfremder Vorschlag, der gerade nicht auf die individuellen Stärken und Schwächen eines Bewerbers eingeht und zudem für Mittelständler eine Kostenspirale in Gang setzt. Denn neben fachlicher Quali-

fikation sind auch persönliche Daten erforderlich, um sich ein Bild über die Eignung eines Bewerbers zu machen. Anonymisierte Bewerbungen sind deshalb ein Schritt in die falsche Richtung – eine Scheinlösung, die Gerechtigkeit verspricht und Verwaltungsaufwand schafft. Sollte sich diese Regelung durchsetzen, hätte der eigentliche Bewerbungsprozess keinerlei Aussagekraft mehr. Nachhaltig sind hier allenfalls massiv steigende administrative Kosten sowie ein zeitlich längerer und umständlicher Bewerbungsvorgang mit unzähligen Bewerbungsgesprächen. Unternehmen müssen viel mehr Bewerber zu Vorstellungsgesprächen einladen, um eine fachlich als auch persönlich passende Person zu finden.

Dieser Mehraufwand führt insbesondere für kleine und mittlere Unterneh-

men, die in der Praxis oft keine eigene Personalabteilung haben, zu steigenden Kosten. Bezeichnenderweise nehmen am Pilotprojekt nur große internationale Unternehmen teil, die über ihre Personalabteilungen und Mitarbeiter in den USA bereits entsprechende Verfahren kennen.

Vor diesem Hintergrund fordert die MIT das Familienministerium, das das Projekt unterstützt, und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes auf, keine weiteren Vorstöße in Richtung anonymisierter Bewerbungen zu unternehmen. Wir fordern ein Ende der Reglementierungen und rechtlichen Stolperfallen für beschäftigungswillige mittelständische Unternehmen.

*MIT-Bundesvorstandsmitglied  
Gerd Robanus aus Hessen*



## Für eine nachhaltige Energiewirtschaft



Mit ihrem Energiekonzept beantwortet die MIT sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Zukunftsfragen und bietet die Voraussetzung für eine

sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung. Dieses ist über einen fairen Wettbewerb auf den Energiemärkten zu erreichen. Gleiche Wettbewerbschancen bieten den effizientesten und produktivsten Mechanismus zur Nutzung von Energieressourcen und zur Gewährleistung wirtschafts- und verbraucherfreundlicher Energiepreise.

Hierzu müssen regionalen Monopole sowie das aus vier Großkonzernen bestehende Oligopol aufgeweicht werden. Neue Anbieter mit innovativen Ideen müssen faire Zugangschancen bekommen. Wettbewerbsverzerrende Subventionen sowie dirigistische Eingriffe müssen beendet werden.

Die zukünftige Regulierung der Energiemärkte hat ausschließlich wettbewerbsorientiert zu erfolgen. Die Aufgabe des Staates ist es, einen ordnungspolitischen Rahmen zu setzen und diesen zu schützen. Der Staat ist nicht für die Steuerung der Wirtschaftsprozesse zuständig.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, darüber zu entscheiden, ob und welche Energieträger zum Einsatz kommen. Ordnungspolitische Aufgabe des Staates bei der Energiepolitik ist es vielmehr, die Sicherheits- und die Umweltstandards zu definieren und zu kontrollieren. Über die Wirtschaftlichkeit von Energieträgern und deren Einsatz zur Energieversorgung entscheiden die Energieunternehmen sowie deren Kunden selbst. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass Energieunternehmen auch für Neben- und Folgekosten verantwortlich sind. Auch bei atomaren Restabfällen muss grundsätzlich das Verursacherprinzip gelten.

*MIT-Bundesvorstandsmitglied und  
Vorsitzender der MIT-Energiekommission,  
Dieter Bischoff*

## Mehr Transparenz im Gesundheitswesen



Der schwierige Spagatzwischen wachsender Nachfrage nach qualifizierten Gesundheitsleistungen und dauerhafter Beitragsstabilität lässt sich

nur durch Stärkung von Eigenverantwortung, Qualität und Wirtschaftlichkeit überwinden. Deshalb muss der versicherte Patient stärker in den Mittelpunkt des Gesundheitssystems treten. Um eigenverantwortlich Entscheidungen treffen zu können, braucht er Transparenz und Unterstützung. Aus diesem Grunde spricht sich die Mittelstandsvereinigung im Rahmen ihres Gesundheitskonzeptes für mehr

Selbstverantwortung durch Umstellung des jetzigen Sachleistungsprinzips auf das Kostenerstattungsprinzip aus. Darin bekommen die Patienten nach Behandlung eine Rechnung und rechnen mit ihrer Krankenkasse ab. Dadurch wäre die geforderte Transparenz sofort erreicht. Die Patienten wüssten, wie die ärztliche Leistung honoriert wird. Sie könnten überprüfen, ob der Arzt das überhaupt geleistet hat, was er berechnet. Zudem könnten auf mittlere Sicht die Kosten der Kassenärztlichen Vereinigung eingespart werden.

*MIT-Bundesvorstandsmitglied  
Margarete Reiser*

## Fakten

### Meister sind spitze

Die Ausbildung zum Meister oder Techniker bringt eine höhere Bildungsrendite als ein Studium: Während sich für Hochschulabsolventen der ausbildungsbedingte Lohnverzicht später in Form höherer Einkünfte mit durchschnittlich 7,5 Prozent verzinst, kommen beruflich Fortgebildete auf eine Rendite von 8,3 Prozent. Außerdem macht sich bei Meistern und Technikern die Qualifikation schneller bezahlt. Im Schnitt hat sich eine Aufstiegsfortbildung amortisiert, wenn die Absolventen 40 Jahre alt sind; bei Akademikern ist dies erst mit 43 Jahren der Fall.

### Inlandsnachfrage übernimmt Konjunkturführung

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2010 um gut 3 ¼ Prozent über dem Vorjahresniveau liegen. Das Wirtschaftsleben hierzulande hat mehr und mehr vom Krisen- in den Normalmodus gewechselt, ist dort aber noch nicht ganz angekommen. Mit dem Auslaufen der Normalisierungseffekte wird sich das konjunkturelle Tempo etwas abschwächen. Im Jahr 2011 wird das reale Bruttoinlandsprodukt um gut 2 Prozent wachsen. Weit mehr als die Hälfte des Wachstums resultiert in diesem und im kommenden Jahr aus der expandierenden Inlandsnachfrage.

### Bei schneller Rückkehr sind es nur 4 Prozent

Der „echte“ Lohnabstand zwischen erwerbstätigen Männern und Frauen betrug in Deutschland im Jahr 2008 knapp 13 Prozent. Je länger Frauen dem Arbeitsleben fernbleiben, desto größer ist der Lohnabstand bei ihrer Rückkehr. Frauen, die nach der Geburt eines Kindes innerhalb von anderthalb Jahren wieder in den Berufsalltag einsteigen, haben eine bereinigte Lohnlücke von nur 4 Prozent.

Quelle: IW Köln

## MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,  
Hauptgeschäftsführer der MIT

### Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin  
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0  
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: [info@mittelstand-deutschland.de](mailto:info@mittelstand-deutschland.de)  
[www.mittelstand-deutschland.de](http://www.mittelstand-deutschland.de)

Fotos: MIT intern; Titelbilder oben v.l.n.r.: iStockphoto.com/  
pixelchickDK/-yuri\_arcurs/-sylvanworks-hidesy/  
sonstige Bilder: brandung<sup>2</sup>, Lieferungen der MIT



MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG  
DER CDU/CSU